

Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paphs und Radeland



Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis freibleibend für den Monat eine Goldmark. Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Markt). Fernsprecher Nr. 17. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen u. dgl. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebühres.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreispaltene Kleinzeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Markt). Für Anzeigen an vorgezeichneten Tagen, ferner für unbedruckte Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 96 Dienstag, den 11. August 1925

Reichstagsrede zur Steuervorlage.

Dr. Luther begründete am Sonnabend im Reichstage in einer Rede die Forderung der Regierung in der Zollvorlage. — Die Reichsverfassungsfeier nahm einen ruhigen Verlauf. — Für die aus Polen vertriebenen Deutschen wird eine große Sammlung veranstaltet. — Eisenbahnunfälle in Bayern u. Schlesien.

Dr. Luther begründet die Notwendigkeit der Zölle.

Auf der Tagesordnung der stark besuchten Reichstags-Sitzung am Sonnabend stand die zweite Lesung der Zollvorlage. Der Präsident leitete mit, daß von den Regierungsparteien ein Antrag eingegangen ist, die Redezeit für die Zollvorlage für jede Fraktion auf insgesamt vier Stunden festzusetzen. Abg. Müller-Franke (Soz.) erhebt hierfür Protest gegen diesen Antrag und erklärt, die sozialdemokratischen werden mit allen geschäftsordnungsmäßigen Mitteln sich dagegen wehren. Auch Abg. Stöder (Komm.) protestiert gegen die Beschränkung der Redezeit. Demgegenüber erklärte Abg. Dr. Scholz (D. Rp.), von der Verlesung der Geschäftsordnung könne keine Rede sein. Im Ausschuss sei sehr ausgiebig Zeit gewesen, zu den einzelnen Artikelpositionen eingehend Stellung zu nehmen. — Reichstagsredner Dr. Luther leitete darauf die zweite Lesung ein, wobei er vor den Kommunisten mit tiefem Rärm empfangen wurde. Der Präsident rief die kommunistischen Abg. Stoeder, Logzler und Könen je einmal zur Ordnung. Der Reichstagsredner wies darauf hin, daß die Steuervorlagen als eine feste Grundtatsache des Wiederaufbaus in angestrengter Arbeit erledigt werden sind. Große sozialpolitische Arbeit sei in dieser Arbeit besaßten Tagung geleistet worden. Nur Interesse der Beschäftigten geschäftlicher Grundlagen für die weitere Entwicklung der deutschen Wirtschaft bedürfe die Reichsregierung aber noch der Zollvorlage. Die Zollgesetzgebung sei nur als vorläufig zu betrachten. Es werde jetzt überzogen noch nicht die grundsätzliche Entscheidung über das künftige deutsche Zollregime auf lange Zeit hinaus getroffen; es solle nur entschieden, was die Gegenwart unumgänglich erfordert. Der Gesetzentwurf sei ausdrücklich auf die Zeit bis 31. Juli 1927 begrenzt. Die Reichsregierung werde dafür Sorge tragen, daß, so bald wie irgend möglich dem Reichstag ein endgültiges Zollgesetz unterbreitet wird. Deutschland müsse, nachdem das System der zünftigen Meißelbegünstigung endlich fortgefallen sei, sich hellsehen von der Politik einer obrigkeitlichen Regelung der Ein- und Ausfuhr abwenden und zum System der Handelsverträge zurückkehren. Nur auf dem Wege eines koordinierten Warenverkehrs mit dem Ausland können die Bedürfnisse der Bevölkerung und die Gesundung der deutschen Wirtschaft sowie die Erfüllung der im Londoner Kommen übernommenen Verpflichtungen erreicht werden. Deutschland habe nicht den Wunsch, seine Wirtschaft auf der Grundlage hoher Zollwäuren zu entwickeln. Deutschland könne von sich aus den Weg der Zollfreiheit nicht gehen, solange die anderen Länder noch ein ausserordentliches Schutzgollsystem aufrechterhalten. Deutschland muß, so fuhr der Kanzler fort, dafür Sorge tragen, daß es von der großen Gefahr der fortwährenden schädlichen Ausfuhr der Handelswaren befreit wird. Wir geben wirtschaftlichen Werten mehr aus, als wir einnehmen. Große Werte sind durch den Krieg und die Inflation verflüchtigt worden.

Senkung der Umsatzsteuer auf 1 Prozent.

Berlin, 8. August. Zwischen der Reichsregierung und der Zentrumspartei ist soeben als Abschluß der langwierigen Verhandlungen über die Meinungsverschiedenheiten, die noch über die Einzelheiten der Steuergesetze standen, eine Einigung dahin zustande gekommen, daß in zweiter Lesung mit 1 1/2 Prozent angenommenen Satz der Umsatzsteuer in dritter Lesung für die Zeit vom 1. Oktober 1925 ab auf 1 Prozent ermäßigt werden soll. Damit ist die letzte Schwierigkeit für das Zustandekommen der Steuergesetze und der Zollvorlage beseitigt. — Bereits Donnerstag war es gelungen, die Verhandlungen über die endgültige Bestimmung des Finanzausgleichs so weit zu fördern, daß ein System gefunden wurde, das so weit die Regierungsparteien als auch die Reichsregierung und die Länder befriedigte. Dieses System sieht vor, daß den Ländern 75 Prozent des Einkommens an Einkommen- und Körperschaftsteuer überwiesen werden, daß die Länder aber an einer Ueberwälzung des Einkommens von 1650 Millionen Mark veranschlagten Anteils auch mit 1 Prozent beteiligt werden sollen. Der Anteil der Länder und Gemeinden an der Umsatzsteuer ist mit 450 Mil-

lionen Mark garantiert worden. — Der Reichsrat hat am Sonnabend das Ergebnis der Beratungen über die Steuergesetze geprüft und dem Finanzausgleich mit Ausnahme Bayerns angenommen. Die bayerische Regierung hat sich einen grundsätzlichen Protest gegen das System des Finanzausgleichs vorbehalten.

Annahme der Steuern im Reichsrat.

Der Reichsrat hat in seiner Sonnabend-Sitzung sämtlichen am Freitag vom Reichstag verabschiedeten Steuergesetzen, also auch dem Finanzausgleich zugestimmt. Gegen den Finanzausgleich stimmten allein Bayern und Hessen. Nach Schluß der allgemeinen Aussprache in der Freitagssitzung des Reichstages wurde in die Einzelberatung der Steuervorlagen eingetreten. Zunächst wurde das Einkommensteuergesetz in dritter Lesung angenommen. Auch das Körperschaftsteuergesetz sowie das Vermögens- und Erbschaftsteuergesetz fanden neben dem Reichsbewertungsgesetz Annahme. Des weiteren wurden am Freitagabend die Bier- und Tabaksteuer angenommen.

Helfst den Vertriebenen!

Der Deutsche Ostmarken-Verein erläßt einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: „Anstatt das Deutschland, dessen Kraft Polen so unendlich viel genützt hat, zu erhalten, fährt die polnische Regierung in sinnlosem Haß fort, alles, was deutsch ist, auszurotten. So hat die polnische Regierung in gewalttätiger Weise viele Hunderttausende von Deutschen vertrieben, so treibt sie jetzt in brutaler Weise die deutschen Ökonomie aus dem Lande, und so wird sie auch auf Grund des Agrargesetzes die letzten Deutschen von ihrer Scholle vertrieben. Durch ein solches Vorgehen zwingt uns die polnische Regierung den Kampf auf, den wir gern vermeiden hätten. Der Deutsche Ostmarken-Verein warnt die deutsche Regierung vor Gefühlschwäche und Nachgiebigkeit. Mit Bedauern haben wir bemerkt, daß die für die vertriebenen Ökonomie getroffenen Maßnahmen in keiner Weise genügt haben, obwohl man mit dem Vorgehen der Polen schon seit geraumer Zeit rechnen mußte. Wir hegen die Hoffnung, daß sofort von maßgebender Stelle eingegriffen wird, wobei wir bemerken, daß es uns einer Unterbringung in Bayern und Auszahlung einer geringen Entschädigungssumme nicht getan ist, sondern daß es gilt, großherzig zu handeln. — Die im Ring Nationaler Frauen vereinigten Verbände haben sich zu einem Hilfsverf für die Vertriebenen zusammengetan. Sie erbitten Geldspenden, über deren Verwendung und Verwendung ein von ihnen gewählter Ausschuss entscheiden soll, an: Deutsche Bank, Depofitentasse B., Berlin W. 57, Potsdamer Str. 96, Konto „Ring Nationaler Frauen“, Offspende. — Der Vorstand des Preussischen Landeskriegerverbandes hat zur Vinderung der Not der Kriegervertriebenen unter den von den Polen vertriebenen Ökonomie an dem Vorsitzenden des Provinzial-Kriegerverbandes in Schneidemühl den Betrag von 8000 Mark zur Verfügung gestellt.“

Polenansweisungen im Ruhrgebiet.

Berne, 8. August. Die Stadtverwaltung hat 20 polnische Einzeloptanten und sechs polnische Familien als Gegenmaßnahme für die polnischen Gewaltmaßnahmen ausgewiesen. Während im Jahre 1920 die in Bern anwesenden Polen noch 21,6 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten, ist diese Ziffer heute auf 2 Proz. herabgesunken.

Der Nacht-D-Zug München-Berlin verunglückt.

Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag auf der Strecke Regensburg-Hof zwischen den Stationen Wernburg und Luhe (in der Nähe von Weiden) ereignet. Dort fuhr um 11.35 der mit zurückkehrenden Ferienreisenden, hauptsächlich aus Berlin und Sachsen, vollbesetzte D-Zug München-Berlin, der München am Sonnabend abend 9.32 fahplanmäßig verlassen hatte, auf einen vorausfahrenden Güterzug auf. Der Anprall war so heftig, daß 20 Wagen des Güterzuges aus den Schienen gehoben und zum Teil zertrümmert auf die Gleise geworfen wurden. Die Lokomotive des D-Zuges sprang aus den Schienen. Der nachfolgende Postwagen und zwei Personenzüge legten sich seitwärts. Unter den Fahrgästen des D-Zuges entstand eine Panik. Zwei Personen wurden bei dem Unglück getötet, zahlreiche Fahrgäste erlitten teils mehr teils weniger erhebliche Verletzungen. Der Unglückszug war in Anbetracht des bevorstehenden Schulanfanges überaus stark besetzt. Sämtliche Güter waren gedrängt nach Weiden. Als Ursache wird falsche Weichenstellung angegeben. Der Führer des D-Zuges soll die Gefahr im letzten Augenblick erkannt und die Bremsen zu ziehen versucht haben.

Börlitz, 9. August. Heute früh zwischen 3 und 4 Uhr fuhr ein von Hirschberg kommender Güterzug aus einem in der Station Babischan stehenden Güterzug von hinten auf. Durch den heftigen Anprall wurden zahlreiche Wagen zertrümmert, so daß ganz bedeutender Materialschaden entstanden ist. Bisher wurden zwei tote und drei Schwerverwundete festgestellt. Die Ursache des Unfalls ist noch nicht aufgeklärt.

Ein Scharfteil in Düsseldorf.

Düsseldorf, 8. August. Hier wurde vor dem französischen Kriegsgericht die Verhandlung gegen sechzig Personen wegen Mitgliedschaft am Wehrbund, den sie unter dem Decknamen „Theaterverein Strohm 1922“ weitergeführt haben sollen, durchgeführt. Es wurden verurteilt: Giltens (als Anführer) zu einem Jahr Gefängnis und 200 Mk. Geldstrafe, Wildenberger, Bietaggen, Rosenberger zu je ein Jahr Gefängnis und je 100 Mk. Geldstrafe, Gustav Lohma und Ernst Bafsch zu sechs Monaten Gefängnis und je 100 Mk. Geldstrafe. Ferner wurden 48 Angeklagte zu Gefängnisstrafen von drei Jahren bis zu drei Monaten verurteilt. Drei Angeklagte wurden freigesprochen.

Forderungen an die Reichsregierung.

Der Erweiterte Vorstand des Landesverbandes Potsdam 1 der D. N. B. B. hat eine Entschickung gefaßt, in der es u. a. heißt: 1. Der Landesverband Potsdam 1 verurteilt das deutsche Angebot zum Sichegehalt, das ohne Not freiwilligen Verzicht auf deutsches Kulturland und deutsche Brüder im Westen auspricht. Der Vorstand des Landesverbandes hält einen Verzicht auf das Reichsland Elsaß-Lothringen und Eupen-Malmedy für eines großen Volkes unwürdig. 2. Der Landesverband erucht die Parteilassung und die Reichstagsfraktion: a) bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die in der Entwaffnungsnote und in der Luftfahrnote enthaltenen Forderungen der Entente, die über die Bestimmungen des Versailleser Vertrages hinausgehen, in würdiger fester Haltung abgewiesen werden; b) von der Reichsregierung energisch zu fordern, daß endlich die unglückliche Managie, die wir uns durch den feilschaft angekündigt, aber dann nicht zur Ausführung gebrachten Widerruf der Kriegsschuldfrage zugezogen haben, durch offizielle Notifizierung der Note weitgemacht wird; c) von der Reichsregierung, insbesondere dem Außenministeramt dringen zu verlangen, daß ebenso viele polnische Staatsangehörige unter den gleichen Bedingungen aus Deutschland ausgewiesen werden, als deutsche Brüder und Schwestern von Haus und Hof in Polen vertrieben werden.

Für Schwarzweißrot.

Halle, 8. August. Anlässlich der 40. Verbandstagung des Vereins Deutscher Studenten, die in Kebra am Ruffhäuser Platztagungen hat, wurde folgende Entschickung gefaßt: Der Ruffhäuserverband des Vereins Deutscher Studenten bekennt sich auf seiner 40. Verbandstagung in voller Einmütigkeit zu den Farben Schwarzweißrot, dem Symbol deutscher Macht und Größe einer jahrzehntelangen nationalen Arbeit. Er wird, im Sinne seines Wahlspruches „Mit Gott für Kaiser und Reich“ den Farben Schwarzweißrot den Platz und die Anerkennung verschaffen, die ihnen gebührt. — Auf der gleichen Tagung wurde folgende Entschickung an den Reichspräsidenten gerichtet: Der zur 40. Verbandstagung versammelte Ruffhäuserverband des Vereins Deutscher Studenten nimmt tiefbewegt Anteil an der Unbill, die deutschen Brüdern und Schwestern in diesen Tagen durch Polen widerfahren ist. Er spricht den Märtyrern der germanischen deutschen Lande in Schneidemühl seine höchste Teilnahme aus mit der Versicherung, daß er zu ihnen in Exile stehen wird, wie es auch sei.

Kleine politische Nachrichten.

— Reichspräsident von Hindenburg trifft am kommenden Mittwoch, 12. August, vormittags, in München ein. Am Vormittag wird im Außenministerium die Vorstellung der bayerischen Bevollmächtigten und des Landtags stattfinden. — Nach zuverlässigen, wenn auch nicht offiziellen Mitteilungen soll Düsseldorf und dementsprechend wahrscheinlich auch Duisburg und Ruhrort erst in der Zeit vom 21. bis 31. August geräumt werden. — Die Abstimmung im englischen Unterhaus über die staatliche Unterstützung der Kohlenruben ergab, wie nicht anders zu erwarten war, eine Mehrheits von 395 gegen 16 Stimmen für die Regierung. Die Unterstützung aus Regierungsmitteln beträgt 10 Millionen Pfund Sterling.